

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Anstellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 5.— M., bei Zustellung unter Postumschlag 6.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postumschlag für 1919 eingetragene. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Druckverleger: Kurt Roeben 2800 und 2894.

Inserate sollen bis achtzehn Uhr am Vortage oder dem Namen 1,20 M., Werbeanzeigen bis achtzehn Uhr am Vortage 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Leertexte 50 Pf. Familien- und Vereinsanzeigen 100 Pf. der Zeile für 14 Tage. Inserate für den darauffolgenden Tag nachmittags bis 12 Uhr nachmittags bei der Expedition aufzugeben. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Druckverleger: Kurt Roeben 2800

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Arbeiterherrschaft in Hamburg.

Die Nachrichten, die aus Hamburg kommen, lassen erkennen, daß die Eroberung über die lebenslichen Kontributionen, die sich verschiedene Lebensmittelhändler ausbedungen haben kommen lassen, große Kreise der Arbeitererschaft ergriffen hat. Der Wogenstoß, der zwischen der Arbeitererschaft und den Einwohnerwehren besteht und der namentlich in Hamburg einen hohen Grad erreicht hat, hat die Aufmerksamkeit noch gesteigert. Es ist zu schweren Zusammenstößen gekommen und die Bewegung ist über ihren ursprünglichen Charakter hinausgewachsen: die Arbeitererschaft verlor die Kontrolle über die Lebensmittelversorgung, die Arbeitertruppen werden und fordern die Entlassung der Einwohnerwehren. Nach den vorliegenden Nachrichten vorläufige diese Forderungen sofort zu verwirklichen.

So ist eine Situation entstanden, die große Gefahren in sich birgt. Diese könnten nur beseitigt werden, wenn Verhandlungen geführt und die Forderungen, auf die sich, wie es scheint, die ganze Hamburger Arbeitererschaft einigt hat, in weitestgehendem Maße Berücksichtigung finden. Aber die Aussichten auf eine Beseitigung des Konfliktes sind zunächst wenigstens recht gering. Überhaupt ist der Belagerungszustand verhängt worden und von Berlin aus ist der Befehl emanant, gegen die Bewegung mit aller militärischen Gewalt vorzugehen.

Die letzten Meldungen lassen erkennen, daß die tatsächliche Gewalt augenblicklich in den Händen der Arbeitererschaft ruht, daß aber von der Reichsregierung Gegenmaßnahmen eingeleitet worden sind.

Über die Entwicklung der Ereignisse in Hamburg wird uns Mittwoch abend berichtet:

Mittwoch morgen um neun Uhr ist im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Betriebsräte, Vertrauensleute und Angestelltenausschüsse gewesen. In dieser Versammlung wurde beschlossen, dem Senat ein Ultimatum zu stellen und die Zurückziehung der Bahrenfelder Freiwilligen, Entwaffnung der Einwohner, Übertragung der Aufsichtsbefugnisse der Ordnung an die Volkswehr unter der Kontrolle der Betriebsräte und Einsetzung einer Kommission aus der Mitte der Betriebsräte, die die Kontrolle der Lebensmittelverteilung zu übernehmen hat, zu fordern. Mittwoch nachmittags um 3 Uhr fand abermals eine Versammlung statt, wo über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet werden sollte. Inzwischen hatten die Vertrauensleute, Betriebsräte und Angestelltenausschüsse in ihren Betrieben darauf hinzuwirken, daß die Arbeitererschaft sehr wohl unterscheidet zwischen den Formen, die diese spontane Bewegung eingenommen hat, und den Waffen, die an dieser Bewegung beteiligt sind. Die revolutionären Elemente haben auf dem Standpunkt, daß diese Lebensmittelkrisis die arbeitenden Schichten der Bevölkerung umfassen und daß es jetzt gilt, die Arbeitererschaft nicht mit den ganzen tumultuierenden Massen zu identifizieren.

Mittwoch morgen haben die Tumultierenden verschiedene wichtige Positionen besetzt und gegen das Rathaus Geschüsse aufgeschossen. Vor kurzer Zeit ist Waffenstillstand bis sechs Uhr vereinbart worden, der aber offensichtlich von beiden Seiten nicht eingehalten wird.

Zwischen haben die Tumultierenden verschiedene wichtige Positionen besetzt und gegen das Rathaus Geschüsse aufgeschossen. Vor kurzer Zeit ist Waffenstillstand bis sechs Uhr vereinbart worden, der aber offensichtlich von beiden Seiten nicht eingehalten wird.

Mittwoch abends sechs Uhr. Die Versammlung hat soeben geendet. Es wurde dort einstimmig der Beschluß gefaßt, daß das Proletariat zu bewaffnen ist und auch die Sicherheitswehr. Die Sicherheitswehr bleibt bestehen und die Einwohnerwehr wird entwaffnet. Alle drei Parteien haben diesen Beschluß einstimmig gefaßt. Augenscheinlich liegen die Verhältnisse in Hamburg so, daß die vollziehende Gewalt in der Person der erweiterten Arbeiter-Kommission erst konstituiert, und es ist sehr fraglich, ob es gelingt, bis zum Eintreffen der

weissen Garde von außerhalb Hamburg in Verteidigungszustand zu versetzen.

Vor einigen Tagen erschien im „Hamburger Echo“ die Notiz, daß sich die Kommunisten mit der Absicht trügen, in Hamburg die Räterepublik zu proklamieren. Daraus haben die Lebensmittelhändler, die sich vornehmlich Provokationen ausbreiteten. Dienstag abend war eine geringe Anzahl Freiwilliger aus Wahrenfeld ein und es trat die Einwohnerwehr in Funktion. Dienstag abend wurde der Beschluß gefaßt, das Flugblatt, unterzeichnet von den revolutionären Elementen, in denen sämtliche drei Parteien vertreten sind, und das auch von der U. S. D. und H. B. D. unterzeichnet ist, Mittwoch morgen zur Verteilung zu bringen.

Mittwoch mittag wurde das Rathaus gestürmt und die Bahrenfelder entwaffnet. Die Einwohnerwehr verstand von der Bildfläche. Mittwoch abend erschien im „Hamburger Echo“ ein Leitartikel, der den Verlust der revolutionären Elemente, die spontane Aktion verschiedener armerer Schichten der Bevölkerung für die Arbeitererschaft auf eine politische Waise zu stellen, anstreift. Ferner wurde die Arbeitererschaft vor inwendlichen Unbekenntnissen nachdrücklich gewarnt und zum Zusammenbruch aufgefordert, um die Forderungen, die den lokalen Verhältnissen angemessen waren, und keinen politischen Charakter tragen, geschlossen durchzuführen zu können. Keiner eine Parteikombination spielt hierbei keine Rolle; trotzdem verleiht es das „Echo“, diese Aktion der revolutionären Elemente als einen Versuch zur Verblühterung der Arbeitererschaft zu brandmarken.

Abends, neun Uhr. Das Rathaus wurde heute morgen von 200 Wahrenfelder Freiwilligen besetzt. Die aufgeraute Masse hat sich in den Besitz von Waffen gesetzt und hat dann das Rathaus gestürmt.

Diesen Morgen fand eine Betriebsratsversammlung im Gewerkschaftshaus statt, die der Arbeiter-Kommission, die sich zusammensetzt aus den drei sozialistischen Parteien, die Exekutivgewalt übertragen hat. Dann hat man eine Kommission von sechs Mann, die Bewaffnungskommission, beauftragt, das gesamte Proletariat zu bewaffnen und die Bürgerwehr zu entwaffnen. Auch ist man dazu übergegangen, einen Aufruf an das Volk zu erlassen, der diesen Abend noch überall anwesend werden wird, in dem die organisierte Arbeitererschaft aufgefordert wird, in ihren Wohnkreisen für Ruhe und Ordnung zu sorgen, damit keine Unruhen stattfinden können.

Man gedenkt in Hamburg im Laufe des morgigen Tages die Bewaffnung des Proletariats im großen vorzunehmen, so daß mit dem Einmarsch von Reiterregimenten nicht gerechnet zu werden braucht.

Auch sind die sozialistischen Parteien darin einig, daß die Diktatur des Proletariats in Bezug der Lebensmittelversorgung morgen Platz zu greifen hat.

### Eine Kundgebung an die Bevölkerung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Hamburg, 26. Juni.

Diese wurde folgendes Flugblatt verteilt:

An die Bevölkerung in Groß-Hamburg!

Wieder einmal ist in Hamburg Blut geflossen. Aus der spontanen Entrüstung über die schändliche Verfühlung von Lebensmitteln heraus, ist eine skrupellose Greuelbewegung entstanden, die die Hamburger Regierung glauben im Blut erstickt zu müssen.

Wahrenfelder Freiwilligen, im Tunge mit der Schutzmannschaft Hamburgs, sind es, die das Blutbad verurteilt haben. Arbeiter! In ganz Deutschland finden in den letzten Tagen spontane Tumulte statt, die keinen politischen Charakter tragen, sondern gehören uns aus der Verzweiflung der hungernden Massen, die aufstehen müssen, wir man ihnen ihr teures Geld verdueren, ungenießbare und ekelerregende Lebensmittel verabreicht, um diejenigen zu vergiften, die noch einigermaßen ihre Gesundheit in dem fürchterlichen Mordmorden bewahrt haben.

Die Einwohnerwehren von Hamburg, Lübeck und anderen Städten sind nur dadurch möglich, daß man es der Arbeitererschaft verweigert, den privatkapitalistischen Schiebern und Falschen durch eigene Kontrollen der Lebensmittelversorgung das

Handwerk zu legen. Inzwischen liegt die Reaktion auf der Dauer, um aus der spontanen Erregung das hungernden Volkes Vorteile für sich herauszufischen.

Arbeiter! Wir fordern euch auf, in dieser Stunde kaltes Blut zu bewahren und nicht zu unternehmen, was eine Aktion der gesamten Hamburgischen Arbeitererschaft zerplietern könnte.

Wir fordern euch auf, sofort in allen Betrieben Versammlungen einzuberufen, um eine gemeinsame Grundlinie zu gemeinsamen Handeln zu finden. Heraus aus Hamburg mit den Wahrenfelder Freiwilligen, die hier nicht zu suchen haben. Entwaffnung der Einwohner der bewaffneten Schutzgarde der Lebensmittelhändler und Saboteurhändler.

Übertragung der Aufsichtsbefugnisse der Ordnung an die Volkswehr unter der Kontrolle der Betriebsräte! Einsetzung einer Kommission aus der Mitte der Betriebsräte, die die Kontrolle der Lebensmittelverteilung zu übernehmen hat.

Die sozialistischen Senatoren von Hamburg werden hiermit öffentlich aufgefordert, zu erklären, wie sie sich zu der Niederschlagung einer hungernden, gegen Lebensmittelhändler und testierenden Volkswenge zu verhalten gedenken.

Die revolutionären Elemente von Groß-Hamburg.

Die Swölfer-Kommission aller Betriebsräte, Die Unabhängige sozialdemokratische Partei, Die kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Hamburg.

### Volkswehr und Betriebsräte übernehmen die politische Gewalt.

Berlin, 25. Juni.

M. T. D. verbreitet folgende Meldungen:

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, befindet sich die politische Gewalt in den Händen der Volkswehr und der Betriebsräte der Hamburger organisierten Arbeitererschaft. Die Volkswehr wird ebenfalls von der Volkswehr gemeinsam mit den Betriebsräten der organisierten Arbeitererschaft gehandhabt. An der Spitze dieser Gewalten steht die Volkskommission der Betriebsräte gemeinsam mit den drei sozialdemokratischen Parteien. Gegen Blünderer wird in energischer Weise vorgegangen. In Hamburg entwickelt sich gegen abend ein bewegtes Auf und Ab von Volkswehren, die überall Ruhe und Ordnung wahren. Wenn vereinzelte Schüsse fallen, so stellen diese den Blünderern.

„Die erforderlichen Maßnahmen...“

Berlin, 25. Juni.

Volks Bureau meldet: Die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung in Hamburg sind eingeleitet.

### Die Macht in den Händen der Arbeiter.

Hamburg, 25. Juni.

Alle Regierungsgebäude Hamburgs sind durch die Kundstündchen besetzt. Ein militärisches Einschreiten ist im Augenblick nicht möglich, da nicht genügend Truppen zur Verfügung stehen. Im Rathaus hat sich ein Zwölferrat gebildet, der die Regierungsmacht über Hamburg in Anspruch nimmt. Die Gefangnisse wurden gestürmt, die politischen Gefangenen befreit, alle Insizakten verbrannt. Von Seiten der Kundstündchen sind um das Gefängnis Geschüsse aufgeschossen. Die Eisenbahnstation im Innern der Stadt sind für den Verkehr gesperrt. Nach Berlin ist die Verbindung vorläufig intakt. Der Hauptbahnhof ist besetzt. Einzelne Angehörige der Volkswehr sind erwidert worden. Die Kämpfe haben auf beiden Seiten schwere Opfer gefordert, zumal die Sozialisten über eine Anzahl von Geschützen verfügen.

Hamburg, 25. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Das Rathaus wurde von den Teilnehmern erklammert. Gefangene gemeinsame Regierungstruppen mit höhergehenden Häuten wurden abgeführt. Bei dieser Aktion erkrankten abermals eine große Zahl. Nach Auslage von Teilnehmern an den Gefangenen das ganze Rathaus im Besitze der Belagerer.

Von kommunistischer Seite wird mitgeteilt, daß die Kommunisten (Spartakisten) mit der Organisation des Aufstandes nicht zu tun haben. Die Angelegenheit sei aus Verärgerung über die Lebensmittelverhältnisse entstanden. Nachmittags soll eine Versprechung der Parteien stattfinden.

## Der Verlauf der Kämpfe.

Hamburg, 25. Juni.

Die Kämpfe haben sich im Laufe des Vormittags immer mehr verstärkt, nachdem in den frühen Morgenstunden Flugblätter unter die Bevölkerung verteilt worden waren. Am festesten lagen die Kämpfe in der Gegend des Rathauses und der Börse. Die Demonstrationen unterhielten sich von den Dächern und den Geschichtsbüchern in der Umgegend des Rathauses ein heftiges Feuer, das von der Eiserne-Hochzeit, die Verhärkungen durch Regierungstruppen aus Vorfeld erhalten hatte, aus dem Rathaus heraus und verschiedenen Kreuzungspunkten in der Umgegend emporstrahlte. Infolgedessen waren alle Ladengeschäfte der Innenstadt geschlossen. Der Verkehr erlitt große Störungen, da der gesamte Straßenbahnverkehr im Zentrum der Stadt lahmgelegt war. Um 10 1/2 Uhr erreichte der Kampf besonders am Rathausmarkt gipfliche Festigkeit. Auch am Neerdingmarkt lobte der Kampf ziemlich heftig. Die Demonstrationen boten sich in und vor dem neuen Hauptbahnhofe darstellend, von wo sie auf die Truppen schossen, die das Feuer vom Rindendam, Altona und von dem Bahnhöfen der Hochbahn aus losgelassen wurden. Gegen 2 Uhr nachmittags gelang es den Aufständischen, ins Rathaus einzudringen und dasselbe zu besetzen. Die Regierungstruppen mußten sich ergeben. Sie wurden entwaffnet und von den Aufständischen eingelegt. Gleich darauf wurde auch der Hamburger Hauptbahnhof von den Demonstrationen besetzt. Die Anruhen wurden in der vergangenen Nacht von unfaulenden Elementen zu Plünderungen und Märdereien ausgenutzt. In der vergangenen Nacht wurden sämtliche elektrischen Straßenlampen zerstört und dann im Dunkeln eine große Anzahl Goldwarenteile, Schmuck und Wertgegenstände gestohlen. Das Rathaus und die umliegenden Straßen sind noch mitgenommen. Überall sieht man Spuren von Einschlägen. Die Fenster sind zum großen Teil zertrümmert. In mehreren Straßenlagen der Innenstadt sieht man keine helle Fensterkerze mehr. Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich noch nicht übersehen, dürfte aber sehr groß sein. Darunter befinden sich viele Neugierige. Das gestern gekannte Hamburger Kriegsverlorenensamt ist noch nicht wieder in Betrieb, was für die Versorgung der Bevölkerung eine ernste Gefahr bedeutet. Im Hafengebiet war alles ruhig, die Hafenarbeiter verblieben auf ihrer Arbeitsstätte. Bei der Erklärung des Rathauses sind den Demonstrationen eine große Anzahl Waffen in die Hände gefallen. Die Stadt befindet sich nunmehr in den Händen der bewaffneten Arbeiter. Es sind Verhandlungen im Gange, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

## Rundgebungen in Hannover.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Hannover, 25. Juni.

In Hannover demonstrierten heute 400 Menschen gegen die Lebensmittelverhältnisse und die hohen Preise. Anlaß zu dieser Demonstration gab der öffentliche marktfreie Verkauf von Schmalz in einem Geschäft zu Duderstadt, trotzdem die auf 50 Gramm festgesetzte Wodermenge schon mehrere Wochen ausgefallen ist. Die Menge verfuhrte das Geschäft zu Schäden, beruhigte sich aber wieder und zog unter Drohungen von Geschäft zu Geschäft. Die Ordnung wurde aufrecht erhalten.

## Die Vorbereitungen für die Unterzeichnung.

Amsterdam, 25. Juni.

„Times“ meldet aus Paris: Clemenceau, Wilson und Lloyd George haben Verfaßtes einen Besuch abgelegt, um die Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Vertrages, die wahrscheinlich am Freitag stattfinden wird, zu besichtigen. Man erwartet, daß Wilson an der Spitze der deutschen Delegation stehen wird.

Paris, 25. Juni.

Der britische Gouverneur des englischen Besatzungsgebiets, Generalkommandant Charles Ferguson, macht bekannt, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles noch nicht den endgültigen Friedensschluss bildet. Der Friedensvertrag müsse noch von den verschiedenen Mächten ratifiziert werden. Was darin bleiben die bloße Erfüllung des besetzten Gebietes und die erlassenen Befehle und Besetzungen in Kraft.

## Verhaftung eines Kriegsbekers in Versailles.

Verailles, 25. Juni.

Der Vertreter der „Deutschen Tageszeitung“ in Versailles, Wilhelm Schenkemann, wurde heute nachmittags gegen 6 Uhr, als er ins Hotel Vater zurückkehrte, von einigen Agenten des Sicherheitsdienstes im Auftrag des Militärgerichts in Paris ohne nähere Angabe der Gründe verhaftet. Die deutsche Delegation, die auf dem Standpunkt steht, daß die Befehle der Delegation über die Journalisten unter dem Schutz der Exterritorialität stehen, können bei ihrer Namen vor der Abreise der Delegation nach Versailles der französischen Regierung bekanntgegeben wurden, hat in einer Note gegen die Verhaftung protestiert.

## Die Entente verbietet den Krieg im Osten.

Nach Warschauer Mitteilungen hat der Verrerrat in Paris an die deutsche Regierung ein Ultimatum gefandt und gefordert, die Bewaffnung, Mobilisierung und den Transport von Truppen an die polnische Grenze zu unterlassen. Falls diese Forderung nicht erfüllt werden, würde die englische Flotte sofort Danzig besetzen.

## Folgen der Schiffverrentungen.

London, 24. Juni. (Reuters.)

Im Unterhaus sagte Lloyd noch über die Verrentung der deutschen Schiffe, die seit dem Ausbruch des Krieges für die Internierung anhaltend Küstlerung erlitten haben. Infolge der Internierung hätten die Deutschen die innere Kontrolle über die Schiffe, während die Küstlerung die Kontrolle des Landes unterstellt haben würde, in dessen Macht sie sich befinden hätten und das für ihre Sicherheit verantwortlich gewesen wäre. Die Küstlerung bewaffneter Wachposten auf den

Waffen wäre ein Bruch des Waffenstillstandsvertrages gewesen und England habe den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages gehorcht, ebenso wie die Befehle des Krieges und der Ehre beobachtet habe. (Beifall.)

Verailles, 25. Juni.

„Journal“ meldet, daß Marineminister Lannes im Kriegsministerium der Kammer erklärte, Frankreich habe beschlossen, von Deutschland vollständige Wiederauslieferung für die Verrentung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow zu verlangen.

## Hindenburgs Abschied.

Kolberg, 25. Juni.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet:

Herr Reichspräsident!

Auf mein Schreiben vom 1. 5. 19 haben Sie mir Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens in das Privatleben zurückziehe. Ich lege daher nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preussischen Herrn Kriegsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegrammes zugehen lassen.

gez. v. Hindenburg.

Kolberg, 25. Juni.

Generalfeldmarschall von Hindenburg richtet folgende Abschiedsrede an seine Truppen:

„Soldaten! Ich habe mich seinerzeit der Regierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untertan einem schmachvollen Frieden vorziehen muß. Diese Erklärung bin ich Euch schuldig. Nachdem ich schon früher meine Absicht kundgetan hatte, nach erfolgter Friedensentscheidung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder. Ich gebe ihn mit meinem Schicksal vor allem bewegten Herzen der langen Jahre, in denen ich drei königlichen und kaiserlichen Kriegshelden dienen durfte. Ziehen hinter, unermüdeten Friedensarbeit, folgen Aufregung, großer Siege und großen Aufstiegszeiten. Ich habe dabei vor Augen. Ich gedanke dann aber auch mit tiefem Schmerz der traurigen Tage des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes. Die hingebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, wor mir ein Lichtblick in dieser namenlos schweren Zeit. Dafür gebührt Euch allen, darunter nicht zuletzt den freiwilligen Verbänden, die unentwegt die Wacht an der Ostfront hielten, mein unaussprechlicher Dank. Mit diesem Dank verbinde ich aber auch eine Bitte für die Zukunft: Wie der einzelne bei sich über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Richtschnur geben, das Wohl des Vaterlandes. Noch steht unser Volkstamm in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu erhalten, ist daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Anschauungen, so schwer es Euch auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefer Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen.“

Lebt wohl, ich werde Euch nie vergessen.

gez. v. Hindenburg.

## Auch Groener geht.

Kolberg, 25. Juni.

General Groener hat an den Reichspräsidenten nachstehende Drahtung gerichtet:

Nachdem der Generalfeldmarschall v. Hindenburg den Oberbefehl niedergelegt hat, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Reichspräsident, nachfolgendes vorzutragen: Ich habe als Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Besprechung in Weimar am 19. erklärt, daß für den Fall der Annahme der Schmachparagraphen eine große Zahl von Offizieren und Truppen der Regierung nicht weiter dienen würden. Daselbe ist nochmals in dem Telegramm der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 22. zum 23. zum Ausdruck gebracht worden. Besonders Sie, Herr Reichspräsident, werden es mir unempfinden, daß ich unter diesen Umständen nach bedingungsloser Annahme des Friedensvertrages den Wunsch hege, aus meiner Stellung zu scheiden. Im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung bin ich jedoch bereit, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf meinem Posten zu verharren.

gez. General Groener.

Hindenburg ist also noch auf die Zeit, in der er „drei königlichen und kaiserlichen Kriegshelden“ diente. Er trauert über den Zusammenbruch des alten Systems, er hofft die Revolution, die der Selbstbestimmung des Volkes zum Siege verhelfen soll. Er sieht nur den Niederbruch des Alten, die Erkenntnis für das Werden des Neuen muß ihm vorläufig bleiben.

Bemerkenswert ist, daß Hindenburg die Truppen ermahnt, zur Wahrung der „inneren Ruhe“ auf ihrem Posten zu bleiben. Das kann nach den Auffassungen dieses Generals nur so verstanden werden, daß das Militär sich für die Awerde der Gegenrevolution bereit halten soll.

Der Inhalt des Groener'schen Telegramms steht im Widerspruch zu den früheren Mitteilungen über die Stellung dieses Generals. Zuerst ließ es, Groener wolle auf die Offiziere einwirken, daß sie auch nach der Annahme des Friedensvertrages auf ihrem Posten bleiben sollten. Jetzt erklärt er, daß sowohl er, wie eine große Zahl von Offizieren und Truppen der Regierung nicht weiter dienen würden. Die gewaltige Wehrheit des deutschen Volkes wird gemiß nicht dagegen haben, wenn sich die Ankündigung Groeners recht bald und in großem Umfange verwirklichen würde.

## Rundgebung der Oberpräsidenten in den Ostprovinzen.

Danzig, 25. Juni.

Die Oberpräsidenten der drei Ostprovinzen haben nachstehende Rundgebung erlassen:

Danzig, den 24. Juni 1918.

„An die Deutschen in Ostpreußen, Westpreußen und Posen! Nationalversammlung und Reichsregierung haben sich zu unserem Nutzen Schwere für bedingungslose Annahme der Friedensforderungen der Feinde entschieden. Große und blühende Gebiete der deutschen Ostmark sind der polnischen Herrschaft preisgegeben; über unsere Wälder die Feinde später Entscheidung treffen nach einer Abstimmung, auf deren Ergebnis, sowie und geheimer“ Rundgebung wie schon Ginkuh haben.

Hunderttausende von Deutschen der Ostmark haben den gleichen Wunsch, ihr Recht auf ihr deutsches Vaterland mit den Waffen zu verteidigen. Städte die Ostmark allein, so wäre das der gegebene Weg, Selbstbestimmung und Ehre zu wahren. Sie dürfen aber die Regierung an der Einlösung des einmal den Feinden gegebenen Wortes nicht hindern. Die Rücksicht auf unsere Volksgenossen im Reich, welche die Folgen solchen Vorgehens mit zu tragen hätten, legt uns die schwere Pflicht auf, dem Kampf zu entsagen und uns der getroffenen Entscheidung zu beugen.

v. Batocki, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.  
Schuackenburg, Oberpräsident der Provinz Westpreußen.  
von Bülow, Regierungspräsident  
als Stellvertreter Oberpräsident der Provinz Posen.

## Der Eisenbahnerstreik in Schlesien.

Breslau, 25. Juni.

Der Breslauer Eisenbahnerstreik hat sich auf den ganzen Direktionsbezirk Breslau ausgebreitet. Sämtliche unteren und mittleren Beamten in Breslau erklären sich mit den Arbeitern solidarisch und traten ebenfalls in den Streik. Nur Millardbetriebe und einige Privatbetriebe, u. a. die Lindemann-Hoffmann-Werke, deren Arbeiter gleichfalls Lohnforderungen stellen, haben sich dem Streik angeschlossen.

Die Eisenbahndirektion in Breslau hat den Vorschlag im Vermittlung gebeten. Es schweben zur Zeit Verhandlungen an denen auch ein Vertreter des Eisenbahnministeriums teilnimmt. Bei der heutigen Rundgebung der ausländigen Eisenbahner vor dem Eisenbahndirektionsgebäude berichtete Gewerkschaftssekretär Führermeister von der Eisenbahnerorganisation, daß die Forderungen der Ausländigen bis auf die finanzielle Frage in bestriedigender Weise erfüllt seien, was die Abhebung der mühseligen Beamten anlangt, solle ein gemischter Ausschuss eingesetzt werden. Das nächste am auf Erfurter Grundlage werde anerkannt. Es wurde beschlossen, die Arbeit noch so lange ruhen zu lassen, bis die Forderungen, die die Arbeiter der Pilsener-Posten im Interesse gestellt haben, erfüllt sind. Nachmittags soll über die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen werden.

## Vor einem Generalstreik in Frankreich?

Verailles, 24. Juni.

Der Gewerkschaftsverband der Metallarbeiter hat die von den Arbeitgebern gemachten Vorschläge zur Einigung abgelehnt und eine Tagesordnung angenommen, in der er die Notwendigkeit betont, die von den Streikkomitees der Pariser Bezirke begonnene revolutionäre Aktion fortzusetzen. Die Kongregation *Organisation du Travail* soll das Kartell französischer Arbeitergewerkschaften sofort zusammenrufen, damit eine Gesamtkonferenz im Rahmen eines Generalstreiks aller Industrien begonnen werden könne. Ferner müsse die schnelle vollständige Demobilisierung und Einstellung jeder militärischen Intervention in Rußland und in Ungarn sowie eine vollständige Amnestie von Arbeitern als Ziel des Streiks gesetzt werden. „Populaire“ meldet, daß das Kartell der Arbeitergewerkschaften bereits Dienstag nachmittags zur Beschlusfassung zusammensteht.

## Achtstundentag für die französischen Bergleute.

Paris, 25. Juni. (Ouv.)

Der Senat hat gestern die von der Kammer schon angenommene Vorlage Durand über den Achtstundentag in den Bergwerken angenommen.

Der ehemalige deutsche Reichstragsabgeordnete O. V. Danko ist zum dänischen Minister ohne Portfolio ernannt worden.

Dr. Richard Grelling wendet sich in einer Zuschrift an und gegen die Berichte über die Wälder, die ihn als einen geistigen Führer der Münchener Arbeiterrepublik und als Teilnehmer an den dortigen Volksbewegungen bezeichnet. Dr. Grelling erklärt diese Behauptungen als gänzlich erfunden. Er sei zur Zeit der Münchener Unruhen zufällig geschäftlich in München gewesen und habe, obwohl Anhänger des Kaiserreiches, mit der Münchener Bewegung nicht das geringste zu tun gehabt.

## Die preussischen Minister wollen nicht weg.

In der letzten Sitzung der preussischen Landesversammlung erklärte der Ministerpräsident Dirich bei der Beratung der Interpellation unserer Genossen über die Stellung der preussischen Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, er habe sich in der Nacht vom Sonntag zu Montag auf der Heimreise von Weimar nach Berlin ernstlich mit der Absicht getragen, ob er nicht am Montag seinen und den Rücktritt des gesamten Kabinetts veröffentlichen sollte, weil es beim Reichskabinet gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages einsteilen sei. Von seinem Entschluß sei er vorläufig abgekommen, als er in der „Freiheit“ die Interpellation unserer Genossen in der preussischen Landesversammlung gelesen habe. Und da habe er doch vor der Landesversammlung erkläre wollen, um den Standpunkt der preussischen Regierung zu vertreten. Er hätte sich für seine Haltung auf frühere Entschlüsse der Landesversammlung berufen. Er habe nicht annehmen können, daß deren größerer Teil seine Haltung ändern würde. Er halte auch heute noch an diesem Standpunkt fest, weil er der richtige sei.

Genosse Adolf Hoffmann und in der Debatte Genosse Oskar Lohn schielten diese Haltung. Die Regierung, die eine parlamentarische sein wolle, hätte die Pflicht gehabt, vor Abgabe ihres Votums erneut die Landesversammlung zu befragen, weil jetzt die Sachlage eine andere geworden sei als früher. Hätte sie das getan, so hätte sich mit Sicherheit herausgestellt, daß heute auch die Mehrheit der Landesversammlung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages sei. In der Debatte richtete der Redner der Deutschnationalen Partei, Herr v. Kardorff, heftige Angriffe gegen die Regierung und die Mehrheitsparteien. Den Reichsozialisten warf er ihre schwankende Haltung vor. Seine scharfen Ausführungen riefen teilweise lebhaften Widerspruch hervor und veranlaßten den Redner des Zentrums, Herrn Gerold, zu erregter Abwehr. Auch der Redner der Demokraten, Herr von Friedberg, der war die Haltung seiner Parteifreunde in Weimar rechtfertigte, fand kräftige Worte gegen Herrn v. Kardorff. Von der Regierung meinte er die Angriffe ab. Die Debatte geht heute weiter.







